

26.11.18

Mieter müssen auf die Barrikaden gehen

Politik und veröffentlichte Meinung weigern sich, das Problem Wohnen und seine Kosten von der Wurzel her zu bearbeiten. Die Basis, von der auszugehen wäre: „Wohnen ist ein Menschenrecht“ und „Wohnen darf keine Ware sein“. Verwirklicht auch in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem, lediglich mittels entsprechender gesetzlicher Regeln. Dann dürften im Wohnungsbau und mit den Mieten keine Gewinne mehr gemacht werden. Dann gäbe es für bestimmte Bevölkerungskreise keinen „Wohnungsmarkt“ mehr, dem sie machtlos ausgeliefert sind.

Obwohl die Mieter in der Mehrheit sind: Sie schaffen es nicht, sie trauen sich nicht, sie sind so untätig erzogen, dass sie sich wehrlos den „Verhältnissen“ ausliefern. Sie empören sich nicht, sie revoltieren nicht. Die hilflose und unlogische Antwort, das Problem mit vermehrtem

Wohnungsbau herkömmlicher Art zu bekämpfen, spült nur noch mehr Geld in die falschen Taschen. Wenn sich etwas ändern soll, dann müssen die Mieterinnen und Mieter auf die Barrikaden gehen. Aber Parteien und Medien tun alles, diesen Aufstand und seine intellektuellen Voraussetzungen zu unterdrücken.

Beamtete Technokraten und die offensichtlich einflussreichere Lobby der sogenannten Investoren, der Banken und der Bauindustrie und nicht zuletzt die neoliberalen Hüter des Systems schaffen es, die notwendige Radikalität einer sozial fortschrittlichen Problemlösung auszutricksen.

Der Bürgerentscheid zu Dietenbach muss zeigen, ob eine – betroffene – Mehrheit der Bevölkerung trotzdem ein Bewusstsein entwickelt hat, das in diesem existentiellen Lebensbereich den Kapitalismus abschafft. **Rolf Schädler, Freiburg**

auf A4

Mieter auf
Barrikaden